

# KERAMISCHER

VII/Nr. 52 BERLIN  
24. Dez.  
1932

Bezugspreis 1,10 RM im Vierteljahr Verantwortlich:  
Edwin Nenninger Verlag: Hermann Grunzel, beide  
Charlottenburg 1, Brahestraße 2-5 Ruf: C 4 Wilhelm  
56 46 und 56 47. Druck: A. Janiszewski GmbH, Berlin

WOCHENBLATT FÜR DEN KERAMISCHEN BUND

INDUSTRIEVERBAND

FÜR DIE GLAS-, PORZELLAN-, ZIEGEL-, GROBKERAMISCHE  
UND BAUSTOFF-INDUSTRIE

ABTEILUNG DES VERBANDES DER FABRIKARBEITER DEUTSCHLANDS

# BUND

## Wochen-Ereignisse

Reichskanzler von Schleicher hielt am 15. Dezember seine angekündigte Programmrede über alle deutschen Sender. Als seine Hauptaufgabe in nur kurzer Regierungszeit sieht der neue Reichskanzler die Arbeitsbeschaffung. Eine weitere allgemeine Senkung der Arbeitslöhne hält er weder für sozial erträglich, noch wirtschaftlich zweckmäßig. Gewagte politische Experimente und unüberlegte Kombinationen lehnt er ab. Für Wehrhaftigkeit Deutschlands trat er ein. Den Kommunisten drohte er mit Verbot, wenn sie nicht brav seien. Als Winterhilfe stellte er Frischfleischverbilligung, Verbilligung von Brot, Milch und Kohle in Aussicht. Die Beitragszahl zur Arbeitslosenversicherung will er zu ihrem Recht kommen lassen. Man muß abwarten, was von dem Programm alles verwirklicht wird. Das Schleicher-Programm kann die Arbeiterschaft nicht befriedigen.

Die Führer der gewerkschaftlichen Spitzenverbände wurden vom Reichswirtschaftsminister Professor Dr. Warmbold empfangen, wobei die Fragen der Arbeitsbeschaffung, der Handelspolitik, der staatlichen Subventionspolitik und der Weltwirtschaftskonferenz erörtert wurden.

Der Grundsatz der Gleichberechtigung für Deutschland wurde in Genf durch die Unterzeichnung eines Protokolls der fünf Großmächte zur Grundlage der weiteren Abrüstungsverhandlungen gemacht. Deutschland nimmt nunmehr wieder an der Abrüstungskonferenz teil. Diese Abmächung trug wesentlich zur politischen Entspannung in Europa bei.

Infolge der Amnestie werden wahrscheinlich 20.000 Opfer freigelassen bzw. außer Verfolgung gesetzt. Von Januar bis November wurden 593 Personen der Eisernen Front verurteilt. Im Gefängnis sitzen von ihr 461 Personen und 70 weitere in Untersuchungshaft. Die ausgesprochenen Freiheitsstrafen betragen 30 Jahre 10 Monate Zuchthaus, 218 Jahre 10 Monate Gefängnis und 160.000 RM Geldstrafen. An Gerichtskosten ergab sich ein Betrag von über einer Million Reichsmark.

Die deutsche Landwirtschaft fordert schon wieder neue Zollerhöhungen für Schmalz und Speck. Für Schmalz wird ein Zollsatz von 50 RM für den Doppelzentner verlangt. Je mehr das Volk hungert, weil es nur noch ganz geringe Kaufkraft besitzt, desto unverschämter fordert die große Landwirtschaft höhere Lebensmittelpreise.

Der Reichsbund deutscher Mieter fordert in einer Eingabe an die Reichsregierung eine sofortige weitere Senkung insbesondere der Neubausmieten auf die Höhe der Friedensmieten und Schaffung eines wirksamen Vollstreckungsschutzes.

Das von der Sozialdemokratischen Partei beantragte Volksbegehren zwecks Aufhebung der Notverordnung vom 4. und 5. September wurde zurückgezogen, da inzwischen der sozialpolitische Teil der Notverordnung vom 4. September aufgehoben wurde.

Die sozialistische Arbeiterinternationale beschloß mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund in Verbindung zu treten, um die Gemeinsame Abrüstungskommission zu einem möglichst nahen Termin zu einer Tagung einzuberufen.

Die Nummer 51 der „Illustrierten Beobachters“ wurde vom Verlage eingestempelt, weil in dieser Nummer ein inehrseitiger illustrierter Artikel über Gregor Straßer enthalten war, der nicht erscheinen durfte, da Straßer inzwischen seine Ämter niedergelegt und in Urlaub geschickt worden war.

Bei Seubheim an der Mosel brachen elf Kinder auf dem Eise ein und ertranken. Das Ehepaar Wolnitz verlor durch das entsetzliche Unglück allein fünf Kinder.

Die französische Regierung-Herriot ist bei der Abstimmung über die Nichtzahlung der amerikanischen Schulden gestürzt worden. Das Parlament beschloß, die Kriegsschuldencate an Amerika, die am 15. Dezember fällig war, nicht zu bezahlen. Damit ist ein Zahlungskonflikt zwischen Frankreich und Amerika ausgebrochen.

Zwölf Todesopfer waren bei einem Zugzusammenstoß im Güter-Tunnel bei Luzern zu beklagen. Ein Personenzug und ein Eilzug stießen zusammen.

Das Warenhaus Shirokiya in Tokio brannte ab, dabei sollen nach einer Meldung 20 Personen ums Leben gekommen sein, über hundert Personen erlitten Verletzungen.

## Her mit der Arbeitsbeschaffung!

### Hungernde Menschen / Katastrophale Haßstimmung / Schafft Entlastung

Kürzlich wurde der bisherige Reichswirtschaftsminister von Schleicher vom Reichspräsidenten mit dem Reichskanzleramt betraut. Als Leiter der Reichspolitik übernahm er damit auch die Aufgabe, Deutschland über die Schwierigkeiten des harten Krisenwinters hinwegzubringen. Die Ursachen unserer bitteren Nöte und unseres großen Elends liegen in der Wirtschaftskrise, und wer da lindernd und helfend eingreifen will, wird das nicht mit militärischen Gewalt und Machtmitteln können, sondern mit sozialen Maßnahmen. Dessen müssen sich der Reichskanzler und sein Kabinett bewusst sein. So wie unter von Papen kann deshalb die Regierung nicht weitergehen. Nach dem, was der neue Reichskanzler von Schleicher bisher in dieser Richtung verlaßen ließ und tat, scheint er mit der neuen alten Regierung andere Wege gehen zu wollen. Er setzte bereits einen Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung in der Person von Dr. Gerke ein, außerdem will das Reichskabinett 1 1/2 Milliarden RM für Arbeitsbeschaffung bereitstellen. Es beschloß auch, die bereits vom Reichstag angenommene Aufhebung der Verordnung über Lohnkürzungen und Mehrinstellungen vom 5. September durchzuführen. Der Wegfall der verordneten Lohnkürzungen ist für den 31. Dezember 1932 vorgeschrieben. Ueber eine Winterhilfe wird noch beraten. Die Regierung von Schleicher kommt eben nicht ganz an den Gewerkschaftsforderungen vorbei.

Die Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand ist für Deutschland eine zwingende Notwendigkeit, trotzdem wollen bestimmte privatkapitalistische Kreise das nicht anerkennen. Sie stehen trotz offenkundigen Plankos der Papen-Pläne noch auf dem Standpunkt, daß die Subventionen an die Privatkapitalisten genügen müßten, die Wirtschaft anzukurbeln. Sie sind eben unbelehrbar. Da gerade von dieser Seite die größten Schwierigkeiten gegen die geplante Arbeitsbeschaffung zu erwarten sind, müssen die Gewerkschaften darauf drängen, daß ihre Forderungen auf schnellste Arbeitsbeschaffung berücksichtigt werden.

Die Gewerkschaften stellen ihr Verlangen im Auftrage von 7 Millionen erwerbsfähiger, aber arbeitsloser Menschen mit vielen Mil-

lionen Familienangehörigen, sie stellen es aber auch im Interesse des Staates selbst. Die Arbeitslosen, die zum großen Teil schon jahrelang ohne Erwerb sind, können die unerbore Nervenspannung, die seelische Bedrückung, die gesellschaftliche Infamierung als Faulenzler, die Ungleichheit im kapitalistischen Wirtschaftssystem, die Ungerechtigkeit in der Bewerlung von Armen und Reichen und die ungeheuer zermürbende, vergiftende Not nicht mehr lange ertragen. Es schwelt unter der Oberfläche unserer Gesellschaftskruste. Millionen sind zu allem bereit, Ihre Gedanken nur noch von Haß erfüllt. Die Stimmung ist explosionsreif. Die verantwortlichen Stellen müssen darauf verwiesen werden. Deshalb fordern die Gewerkschaften Arbeit!

Allein im Organisationsgebiet des Keramischen Bundes sind 120.000 Ziegler, 12.000 Zementarbeiter, 13.000 Kalk- und Gipsarbeiter, 20.000 Schamottarbeiter, Tausende von Sand- und Kiesgrubenarbeitern, 40.000 Glasarbeiter und 20.000 Porzellanarbeiter Opfer der Krise, dazu kommen noch Zehntausende, die kurzarbeiten. Seit Jahr und Tag liegt die Arbeitskraft von Hunderttausenden nun schon zum erheblichen Teil brach, müssen sie zwangsfeiern. Darunter sind viele, die durch die Merkmale schwerster Tätigkeit und überlanger Arbeitszeit körperlich gekennzichnet sind. Die Arbeitslosen sind zum überwiegenden Teil ausgesteuert, bekommen nur noch kärglichste Krisen- oder Wohlfahrtsunterstützung, oder sind auf Bettel angewiesen. Es sieht außerordentlich traurig aus in den Stuben der Krisenopfer aus den Industriezweigen der Steine und Erden.

Dabei wäre es bei einigermaßen Willen und Tatkraft möglich, so manchem wieder Beschäftigung zu bieten. Wenn der Kleinwohnungsbau und die Siedlung in Gang käme, wenn die vielen notwendigen Haus- und Wohnungsreparaturen ausgeführt würden, könnten Ziegel- und Schamottesteine vermauert, Wand- und Fußbodenplatten gelegt und Fensterscheiben eingesetzt werden. Auch Zement, Kalk, Gips, Kreide, Sand und Kies würden dann gebraucht. Die Unternehmen bekämen wieder Aufträge, Industriezweige wieder Blutzufuhr. Deshalb ankurbeln, ihr Herren in der Reichsregierung!

Junge Arbeiterinnen ließen sich nur sehr schwer für den Verband als Mitglieder gewinnen. Deshalb müßten Mittel und Wege gesucht und gefunden werden, um an die Arbeiterinnenschichten, besonders in großen Betrieben heranzukommen. Vielleicht haben einige Zahlstellen schon günstige Erfahrungen in der Organisierung von Mädchen hinter sich, die tun gut, davon wissen zu lassen. Auch Jugendgruppen fänden in solchen Fällen ein großes Werbefeld vor sich. Die Eltern und die Freunde der Fabrikarbeiterinnen in den Gebieten mit Großbetrieben sollten bei der Organisierung helfend beispriegen und für uns werben. Wenn alle Möglichkeiten ausgenutzt werden, sind auch bei den jungen Arbeiterinnen Erfolge zu erzielen, es kommt nur darauf an, ob man ihre Seelen und Herzen erschließt. Jugendgruppen, versucht es einmal!

## Verbotsandrohung

Unser Bruderverbandsblatt „Der Proletarier“ in Hannover brachte in seiner Nummer 49 einen Spitzenartikel „Ist Deutschland ein Rechtsstaat?“ Daraufhin bekam er ein amtliches Schriftstück mit dem Hinweis, in den Ausführungen sei eine Beschimpfung der Reichsregierung enthalten, die ein Verbot rechtfertige. Es werde aber davon abgesehen, weil es ein erstmaliges Vergehen sei, bei dem man es bei einer Verwarnung belassen könne. „Der Proletarier“ bemerkte dazu: Nicht um zu verletzen oder zu beleidigen, führte er so eine harte Sprache, sondern um des Rechtes willen. Und darin lasse er sich auch nicht durch Verbotsandrohungen beirren.

## Weitere Agitationserfolge

Ueber Agitationserfolge berichten folgende Zahlstellen:

Im Gau 4:			
Köslin	25	Lübz	5
Neustettin	14	Friedland	5
Stolp	18	Lebbin	4
Stralsund	15	Köslin	3
Hohenkrug	15	Rostock	3
Waren	9	Dämitz	2
Im Gau 6:			
Hirschberg	142	von Oktob. bis 5. Dez.	
Von diesen Aufnahmen machte Kollege Bergs allein 43.			
Im Gau 8:			
Ilmenau	46	im November	
Schleusingen	22	im November	
Im Gau 9:			
Aschaffenburg	231	Selb	34
Im Gau 14:			
Bonn	26	Neuwied	10
Düren	56	Andernach	19
Goch	29	Stalberg	13
Köln	135	4 Klein. Zahlstell.	14
Krefeld	27	Zus. 329 im Novemb.	

In ihren Berichten über die Werbergebnisse geben vielfach die Zahlstellen ihrer Freude Ausdruck, daß sich die Agitation sehr lohnt und ein Teil der veröffentlichten Ziffern läßt auch erkennen, daß noch Mitglieder gewonnen werden können, wenn die Werbearbeit richtig vorbereitet und durchgeführt wird. Die Aktivität ist eben notwendig. Aber eine Schwierigkeit bei der Agitation wird allgemein betont, und zwar die:

Die Gewerkschaftsforderungen gehen aber auch dahin, durch Arbeitszeitverkürzungen Arbeitsstellen frei zu machen. In kontinuierlich arbeitenden Betrieben muß die 42-stündige Wochenarbeitszeit gesetzlich durchgeführt werden. Das ist notwendig. Dabei muß aber auch der Entlohnung größere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Bei Arbeitszeitverkürzung muß ein Ausgleich gegeben werden. Und dort, wo die Löhne und Verdienste bei Vollarbeit nicht mehr die Fürsorge-Nichtsätze der Wohlfahrt erreichen, muß wieder eine tarifliche Regelung platzgreifen, sonst geht dabei nicht nur der Arbeiter mit seiner Familie, sondern auch die Wirtschaft zugrunde. Dem Ueberstunden- und Mehrarbeitszeitwesen gehört Einhalt geboten in einer Zeit, in der Millionen Arbeiterlosler vor den Toren der Fabriken stehen.

Auf diese herausgestellten Punkte beziehen sich die hauptsächlichsten Forderungen der Gewerkschaften.

Gerade die letzten Monate lehrten uns, wohin wir wirtschaftlich kommen, wenn die Verdienstmöglichkeiten der Arbeiter so beschnitten werden und die Einkommen so zusammenschrumpfen, daß nur noch ganz kümmerlich gekauft werden kann. Dem muß Einhalt geboten werden.

Drum her mit Arbeit! In der vernünftigen Wirtschaftsankurbelung liegt der Rettungsanker für Deutschland. Die Inangansetzung einer Anzahl Wirtschaftszweige mit öffentlichen Mitteln bringt Entspannung und löst den lähmenden Druck, der auf uns lastet. Regierung handle! Es ist höchste Zeit!

## Leipart und Schleicher

Die Wiedergabe einer Unterredung zwischen Theodor Leipart und einem Pariser Zeitungsmann, von der auch in einem Teil der Presse Notiz genommen worden ist, gab dem Kollegen Leipart Veranlassung zu dem folgenden Schreiben an die Redaktion des „Exelsior“ in Paris:

In Ihrer Ausgabe vom 4. Dezember d. J. bringen Sie unter der Ueberschrift „Les pourparles entre von Schleicher et les syndicats Ouvriers“ einen Bericht Ihres Korrespondenten aus Berlin, der eine Unterredung mit mir wiedergibt. Dieser Bericht enthält mehrere Unrichtigkeiten, die mich zwingen, Sie um folgende Richtigstellung zu ersuchen:

1. Es ist unrichtig, daß Ihr Korrespondent mir die Frage gestellt hätte, ob der von mir geführte Gewerkschaftsbund dem General von Schleicher die für die Befestigung seiner Macht benötigte Waffenruhe gewähren würde. Jedenfalls hat Ihr Korrespondent selber gewußt, daß über eine solche Waffenruhe nicht die Gewerkschaften, sondern die politischen Parteien im Reichstag zu entscheiden hatten.

2. Es ist unwar, daß ich erklärt hätte, die Regierung müsse „für einige Zeit“ die Verfassungs- und Wahlreformpläne beiseite lassen. Ich habe vielmehr Ihren Korrespondenten auf die Mitteilungen der Presse verwiesen, daß Herr von Schleicher selber diese Reformpläne nicht für zeitgemäß halte.

3. Es ist unrichtig, daß Ihr Korrespondent mir vorgehalten hätte, die Gewerkschaften würden gegen einfache Versprechungen sich der militärischen Kontrolle unterwerfen.

4. Es ist deshalb auch unwar, daß ich auf die Worte „militärische Kontrolle“ ein protestierendes „Aufspringen“ nicht habe unterdrücken können. Hatte Ihr Korrespondent eine solche oder ähnliche Bemerkung zu mir geäußert, so würde ich die darin liegende beleidigende Unterstellung mit derben Worten zurückgewiesen haben.

5. Es ist unrichtig, daß ich eine lobhafte Bewunderung für Herrn von Schleicher geäußert hätte. Mein angeblicher Eifer, den Ihr Korrespondent bemerkt haben will, zeigte sich höchstens, daß Ihr Korrespondent wiederhol die Ansicht vertrat, die Berufung des Generals zum Reichskanzler werde in Frankreich große Brunnenruhr hervorgerufen. Ich habe geantwortet, daß angesichts der Friedensliebe des deutschen Volkes hierfür kein Grund vorliege und daß auch von Schleicher nicht der Mann sei, wie Ihr Korrespondent sich ihn anscheinend vorstellte.

# Auch das einmal lesen!

Die unmittelbare Aufgabe der Gewerkschaften ist es, die Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer möglichst günstig zu gestalten. Das ist ein unendlich mühsamer Kampf, nicht zu führen ohne Opferwilligkeit, ohne die Fähigkeit, auf vorübergehende persönliche Vorteile für das dauernde gemeinsame Interesse aller Kollegen zu verzichten. Aber die Opfer und Entbehrungen lohnen sich; sie zeitigen Erfolge, die vielen zugute kommen. Das zeigt die Statistik des ADGB über Lohnbewegungen und Lohnkämpfe der Gewerkschaften in den Jahren der Vor- und Nachkriegszeit:

Jahr	Lohn- erhöhung für		Arbeitszeit- verkürzung für	
	Personen	RM pro Woche	Personen	Std. pro Woche
1905	412 831	2,08	183 658	3%
1910	897 627	2,20	344 570	2%
1913	915 972	2,21	324 794	2%
1918	2 064 924	3,32	524 455	4%
1924	3 351 040	9,02	178 624	4%
1928	2 073 164	2,32	856 363	2%
1930	1 475 021	1,72	103 049	2%

Diese gewaltige soziale Arbeit leisteten die Gewerkschaften durch ihren Organisations- und Verwaltungsapparat, den sie im Laufe der Jahrzehnte, gestützt auf die freiwillige Mitarbeit von vielen Hunderttausenden ihrer Mitglieder, die keine Mühe scheuten, über das ganze Reich hin aufgebaut haben. In mehr als 13 000 örtlichen Verwaltungen der Verbände, die in etwa 1300 Ortsausschüssen des ADGB vereinigt sind, bearbeiten zur Zeit weit mehr als 100 000 ehrenamtliche und etwa 4500 hauptberufliche Mitarbeiter die mannigfaltigen Fragen, die heute in den weiten Aufgabebereichen der Gewerkschaften fallen. Wenn die Gewerkschaften ihren Mitgliedern in allen Lebenslagen eine wirksame Hilfe sein wollen, so müssen sie die Wahrnehmung der Arbeiterinteressen in vielen öffentlichen Institutionen durch besonders vorgewählte Kräfte übernehmen. Dabei sind sie wiederum in erster Linie auf sich selbst angewiesen. Sie müssen aus ihren Reihen die Menschen stellen und ausbilden, die als ehrenamtliche Mitarbeiter in den Verwaltungsorganen der Krankenkassen, in den Versicherungs- und Oberversicherungsämtern, in den Ausschüssen der Landesversicherungsanstalten, in den Verwaltungsausschüssen der Arbeitslosenversicherung, eine dauernde Wirksamkeit entfalten. Sie schulden die etwa 10 000 ehrenamtlichen Beisitzer und Prozessvertreter, die in allen Instanzen der Arbeitsgerichtsbarkeit, von den Arbeitsgerichten bis hin zum Reichsarbeitsgericht tätig sind.

Alle die zahllosen Helfer erfüllen ihre soziale Pflicht zum Wohle der gesamten Arbeiterklasse, nicht nur der organisierten Arbeiterschaft. Sie könnten diese Arbeit nicht leisten, wenn sie nicht von dem Grundgedanken der Bewegung, dem Gedanken der Solidarität durchdrungen, wenn sie nicht zu sozialem Verantwortungsbewußtsein erzogen worden wären, wenn nicht dafür gesorgt würde, daß sie sich ein weites Wissen auf allen Feldern gewerkschaftlicher Tätigkeit aneignen könnten.

1115 Ortsausschüsse berichten über 6391 Bil-

dungsveranstaltungen, die allein in dem Notjahr 1931 durchgeführt wurden. In den verbandseigenen Schulen, in der Bundesschule in Bernau, in den staatlichen Fachschulen in Berlin und Düsseldorf sowie in der Arbeiter-Akademie in Frankfurt a. M. wurden Tausenden von ehrenamtlichen Funktionären die notwendigen Kenntnisse auf den Gebieten der sozialen und der Wirtschaftspolitik vermittelt, ohne deren sichere Beherrschung sie als Helfer und Vorkämpfer ihrer Kollegen in den Betrieben in der Praxis versagen würden.

Aber damit ist es nicht getan. Die Arbeiter brauchen in den Nöten und Schwierigkeiten des täglichen Lebens zuverlässige Berater, deshalb sind die Gewerkschaften frühzeitig dazu übergegangen, eigene Arbeitsekretariate und Rechtsauskunftsstellen zu schaffen, deren es jetzt 600 im ganzen Reich gibt. Die Menschen, die dort Rat erteilen, sind den Arbeitern keine Fremden. Sie kommen aus ihren eigenen Reihen. Allein im Jahre 1931 haben sie an ratsuchende Arbeiter und Arbeiterinnen an Organisierte wie an Unorganisierte in 900 000 Fällen Auskünfte erteilt und mehr als 300 000 Schriftsätze unentgeltlich angefertigt.

Der Geist gewerkschaftlicher Selbsthilfe war es, der zu der Gründung des zentralen Spar- und Finanzinstitutes der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G. führte, die im Geschäftsjahr 1931 mehr als 300 Millionen Reichsmark Umsatz erzielte bei 135 Millionen Reichsmark Einlagebestand. Der große Gedanke, der der Errichtung einer eigenen Bank zugrunde lag, war nicht nur, die Verwaltung und zweckentsprechende Verwendung der in den Gewerkschaften sich ansammelnden Kapitalien in die eigene Hand zu nehmen. Es galt ein größeres Ziel zu erreichen. Alle goldreichen Kräfte der Arbeiterschaft sollten im wohlverstandenen Interesse der gesamten Arbeiterklasse zusammengefaßt werden, von dieser Bank, die selbst ein Teil der Gewerkschaften ist. Viele organisierte Arbeiter erkennen das an. Aber das genügt nicht. Es gibt auch viele, die tragen ihre Spargroschen noch immer zu Banken und Sparkassen, bei denen sie nicht der ganzen Arbeiterschaft zugute kommen. Wieviel mehr könnte die Arbeiterklasse für ihren Aufstieg leisten, wenn die in den deutschen Sparkassen von Arbeitern eingezogenen etwa 10 Milliarden Reichsmark Sparkapital der eigenen Sparbank zugeführt würden.

Der entschiedene Wille, dafür Sorge zu tragen, daß die Gelder der Arbeiterschaft auch nur im Interesse der Arbeiterschaft verwendet werden, hat die Gewerkschaften veranlaßt auch noch andere Wege zur Existenzsicherung der Arbeiter und ihrer Familien zu beschreiten. In der „Volkfürsorge“-Versicherungs-A.-G. haben die Gewerkschaften gemeinsam mit den Konsumgenossenschaften als Ergänzung zu den sozialen Versicherungen eine Einrichtung geschaffen, in der 2½ Millionen Versicherte mit mehr als 900 Millionen RM Versicherungssumme bei einem Gesamtvermögen von 170 Millionen RM versichert sind. Weitere Hunderttausende sind in der „Eigenhilfe“ (Feuer- und Sachversicherungs-A.-G.) versichert, die mit der Volkfürsorge in Personalunion steht.

Gewerkschaften, Arbeiterbank und Volk-

zialen Baubetriebe Zehntausende von Kleinwohnungen. Damit ist das Werk noch längst nicht erschöpfend dargestellt, das bisher nur von dem Vortrupp der organisierten Arbeiter geschaffen wurde. Millionen Unorganisierte haben seit Jahrzehnten die Früchte der Gewerkschaftsarbeit geerntet. Aber was wissen sie von dieser Arbeit! Sie haben auch nicht das kleinste Opfer für sie gebracht. Das darf nicht so bleiben.

Die Krise schlägt allen Arbeitern und Arbeiterinnen die schwersten Wunden. Durch ein wenig mehr Solidarität, Verbundenheit und einen stärkeren gemeinsamen Willen der Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen kann das Schicksal jederzeit zu ihren Gunsten gewendet werden. Sie müssen den Weg zu den Gewerkschaften finden. Denn die ganze gesellschaftliche Wirksamkeit dieser aus dem Geist der Arbeiterschaft geborenen und von ihrem Willen zur Selbsthilfe getragenen Organisation beweist unüberdeutlich, daß sie allein die wirtschaftlichen Interessensvertretungen für alle Arbeiter und Arbeiterinnen sind, die Wegbereiter des wirklichen Sozialismus.

## Beweise gewerkschaftlicher Solidarität

Der Geist der gewerkschaftlichen Solidarität der Arbeiter hat stets reiche Frucht getragen. Einige Zahlen über die finanziellen Leistungen der organisierten Selbsthilfe liefern dafür den schlüssigen Beweis.

Vier Jahrzehnte sind es her, seit sich die Gewerkschaften in der Generalkommission zusammengeschlossen, dreizehn Jahre seit der Gründung des ADGB. In diesen vierzig Jahren betragen die Gesamteinnahmen 1891—1931 4 571 378 437 RM Gesamtausgaben 1891—1931 3 705 321 417 RM

Allin im Jahre 1931 betrug die Gesamteinnahme auf 1943 Mill. RM, die Gesamtausgabe auf 2156 Mill. RM.

Im einzelnen haben die freien Gewerkschaften (ohne Irrationsjahre) in der Zeit von 1891 bis 1931 ausgegeben:

- für Reiseunterstützungen 22 704 520 RM
- für Arbeitslosenunterstützung 539 603 465 RM
- für Krankenunterstützungen 370 895 143 RM
- für Invalidenunterstützungen 42 761 312 RM
- für Sterbefallunterstützungen 49 904 774 RM
- für Unzuges., Notfall- und sonstige Unterstützungen 37 879 239 RM
- für Rechtsschutz an Mitglieder 15 072 926 RM
- für Bildungszwecke und Presse 251 482 297 RM
- für Streiks u. an gemäßigter Mitglieder 864 650 450 RM

Unzähligen Arbeitern ist auf diesen Wegen in Zeiten der Not, der Krankheit und Arbeitslosigkeit geholfen worden. Und wer hat die Hilfe geleistet? Die Arbeiter selbst. Darin liegt eine große, edle, soziale Tat.

## Kaufkraft fehlt und sonst nichts

Eine Wirtschaftsankurbelung auf Seiten der Konsumindustrie ist auf die Dauer unmöglich, wenn nicht in gleicher Weise eine Absatzsteigerung eintritt. Keine Absatzbelebung ohne Steigerung der Kaufkraft; es scheint, daß immer mehr Leute von dieser Tatsache überzeugt werden. Zitieren wir einige Stimmen aus dem bürgerlichen Lager: Der Vor-

band Rheinisch-Westfälischer Brauereien schreibt zum Schluß eines Ueberblicks über die deutsche Brauereindustrie: „Die Massenkraft ist derartig geschwächt, und die Bedarfsdeckung auf vielen Gebieten so im Rückstand gekommen, daß erst eine geraume Zeit vergehen wird, ehe wieder wesentliche Mittel für eine Steigerung des Biergenusses frei werden.“ — Das Institut für Wirtschaftsbeobachtung an der Handelshochschule Nürnberg veröffentlicht in der Zeitschrift „Der Markt der Fertigware“ eine Untersuchung über die Auswirkungen des Papen-Plans. Ueber die Möglichkeit der Absatzbelebung wird folgendes festgestellt: „Die Lohneinkommen steigen nicht in gleichem Maße wie die Produktion, so daß hierdurch ein gewisses Mißverhältnis zwischen Mehrerzeugung und Kaufkraftzunahme zu entstehen droht. Die starke Senkung der individuellen Lohneinkommen muß zu einer weiteren Bedarfsverlagerung zugunsten des dringenden Bedarfs und der unteren Qualitäten führen.“ — Das Vorstandsmitglied der Reichskreditgesellschaft, Dr. Fischer, führte in seinem Vortrag vor dem Verein Berliner Kaufleute und Industrieller über die Ziele der Wirtschaftspolitik u. a. aus: „Die Zukunft der deutschen Ausfuhr wird auf dem Gebiete der Qualitätsarbeit liegen, für die die Devisen „gut und nicht teuer“ maßgebend sein muß. Das setzt selbstverständlich auch Qualitätsarbeiter voraus, die Deutschland sich nur bei einem auskömmlichen Einkommen des Arbeiters erhalten kann. Nur, wenn die Kaufkraft der großen Masse gesteigert wird, kann auch die Agrarpolitik einen wirksamen Erfolg haben.“ — Diesen Erkenntnissen braucht nichts hinzugesetzt werden. Nur scheinen sie in Unternehmerkreisen noch nicht weit genug verbreitet zu sein.

## Nicht unterschreiben!

In jüngster Zeit melden sich wieder die versicherten Arbeiter mit allen möglichen Dingen u. a. auch mit den bekannten Versicherungszeitschriften, beglücken wollen. So dürftig die mit den flechten gebotene Lektüre u. E. oftmals ist, so ungenügend ist auch für die werktätige Bevölkerung die damit verbundene Versicherung. Es muß in allen solchen Fällen heißen: „Erst gründlich prüfen und dann entscheiden.“ Eine gründliche Prüfung könnte aber nur zur Ablehnung der Versicherungszeitschriften führen.

Zahlreiche Personen unterzeichnen nur zu leichtfertig Bestellscheine, die das soll hier besonders angeführt werden, zur Abnahme der Versicherungsblätter für ein ganzes Jahr verpflichten. Die Erfahrung hat gelehrt, daß diese Verpflichtung bei evtl. eintretender Zahlungsunfähigkeit, wie sie z. B. durch Erwerbslosigkeit hervorgerufen wird, zu Aerger und materiellen Nachteilen führen kann.

Vor diesen unliebsamen Dingen schützt man sich am besten, indem man irgendwelche Unterschriften nur nach vorsichtiger Prüfung leistet. Die Arbeitsekretariate und die Gewerkschaftsbüros geben jederzeit bereitwillig Auskunft, wie man sich in solchen Fällen am besten verhält.



## Bleivergiftungen in einer Glasperlenfärberei

Herr Dr. Bickert, Gewerbemedizinalrat in Jena (Thüringen), behandelt im Zentralblatt für Gewerbehygiene und Unfallverhütung, 10/11. Heft, 19. Jahrgang, Fälle von Bleivergiftungen, die in einem Thüringer Betrieb (leider ist dieser nicht genannt) beim Färben von Glasperlen vorgekommen sind.

Auf Grund von Anzeigen eines praktischen Arztes, der verhältnismäßig früh die krankhaften Veränderungen erkannt hatte, und der von Herrn Gewerbemedizinalrat Dr. Bickert beauftragt wurde, gemeinsam mit dem zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten Untersuchungen in ärztlicher und technischer Hinsicht vorzunehmen, konnte folgende Sachlage festgestellt werden:

Innerhalb kurzer Zeit waren bei 5 Arbeiterinnen einer Glasperlenfärberei Zeichen gewerblicher Bleivergiftung beobachtet und festgestellt worden.

In dem Betriebe werden Hohlglasperlen verschiedener Größe, die mit einer oder zwei etwa 1 bis 2 mm im Durchmesser betragenden Öffnung versehen sind, zum Teil mit Fischsilber, zum Teil aber auch mit verschiedenen Erdfarben, die in das Innere der Glasperlen gebracht werden, gefärbt.

Das Fischsilber wird aus den Schuppen von Weißfischen oder Sardellen nach vorausgegangenem Aufweichen und mehrfachem Waschen in lauwarmem Wasser gewonnen. Unter Hinzusetzen von Alkohol, Wasser und feinstem weißer Gelatine wird bei gewöhnlicher Temperatur eine feste Masse hergestellt, der noch konservierende Mittel zugegeben werden.

In letzter Zeit macht sich infolge von Modellanzeiger eine erhöhte Nachfrage nach bunten Glasperlen bemerkbar. Die Färbung der bunten Glasperlen geht nach Darstellung des Herrn Gewerbemedizinalrat Dr. Bickert in folgender Form vor sich:

An Stelle des Fischsilber wird eine verschiedene Erdfarben benutzt, die unter Benutzung derselben Bestandteile in bestimmten Mengenverhältnissen zu einer festen Masse verarbeitet werden. Zur Erhöhung der Deckkraft der Erdfarben wurde Krebserweiß (Bleiweiß) zugesetzt.

Vor Gebrauch werden diese Farben unter Zugabe von Wasser im Wasserbade erwärmt und dadurch verflüssigt. Das Einfüllen der Farke in je nach der Beschaffenheit der zu färbenden Glasperlen und dem Verwendungszweck verschiedene Silben Perlen mit zwei

Öffnungen, die für Ketten und dergl. bestimmt sind, gefärbt werden, so kommen dieselben in einem mit Farbe gefüllten Topf. Auf großen, durch Motorenkraft angetriebenen Schütteltischen (die früher ausschließl. heute nur noch zum Teil von Hand in Bewegung gesetzt werden mußten, und daher den Namen „Käderer“ erhalten haben) wird dann für gleichmäßige Verteilung und Ausfließen überschüssiger Farbe gesorgt. Da die Haltbarkeit der Perlen abhängig ist von dem Feuchtigkeitsgehalt, werden die Glasperlen zur völligen Beseitigung des Wassers und des Alkohols in einem Trockenraum mit einer Temperatur von 30 bis 35 Grad für einige Zeit gelagert.

Glasperlen, die mit einer Oese versehen werden sollen, erhalten bei der Herstellung nur eine Öffnung. Durch diese Öffnung muß die Farbe mit einem pipettenähnlichen Instrument dem „Einzieher“, das mit einer feinauszogenen Spitze versehen ist, in das Innere der Glasperle gebracht werden. Um das Erstarren der gelatinösen Farbe möglichst lange hintanzuhalten, hat der Arbeitsraum eine Temperatur von 20 bis 21 Grad. Ferner sind auf dem Arbeitstisch kleine Spiritusflammen aufgestellt, um die in der Spitze des „Einziehers“ erstarrte Gelatine wieder zur Lösung zu bringen. Die Lösung und Erstarrung der Farbe wird durch rasche Drehbewegung der Glasperle in Eiswasser herbeigeführt. Die Öffnung der Perle verschließt.

Um der erwähnten Nachfrage nach bunten Perlen nachzugehen, wurden von den Glasperlenfärbereien mit Erdfarben zum Teil als Heimarbeit vergeben. Zunächst kamen die Betriebe beschäftigten Arbeiterinnen hierfür in Frage. Die zur Arbeit erforderlichen Hilfsmittel waren mit Ausnahme der Spiritusflammen unschwer zu beschaffen. Um die Ausgabe der Spiritusflamme zu ersparen, wurde das Wiederauflösen der in der Kapillare des „Einziehers“ erstarrten Farbe durch das Erwärmen zwischen den Lippen vorgenommen.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß eine geschickte Arbeiterin bis zu fünf Großhohlglasperlen in einer Stunde färben kann, muß das sie entsprechend der Temperatur des Arbeitsraumes etwa nach jeder zweiten bis dritten Perle die Kapillare erwärmen muß, bringt sie in einer Stunde etwa 200 bis 300 mal die bleiweißhaltige Farbe an den Mund. Auf Grund dieser Feststellung ist es erklärlich,

daß innerhalb ganz kurzer Zeit mehrere Bleivergiftungen zustande kommen mußten.

Bei der Untersuchung der erkrankten Arbeiterinnen konnte festgestellt werden, daß trotz guter Zahnpflege und guter Beschaffenheit des Gobisses an dem Zahnfleisch des Unterkiefers sowohl an der Vorder- wie auch an der Rückseite ein deutlicher Bleisaum vorhanden war. Auch an der Wangenschleimhaut in Höhe der unteren Zahnreihe waren einzelne kleine Verfärbungsstellen zu erkennen, die dem Bleisaum gleichzuwerten sind. Die Arbeiterinnen klagten über Gliederschmerzen, besonders in der Wadenmuskulatur, Kopfschmerz und Appetitlosigkeit. Nach Bekanntwerden dieser Erkrankungsfälle ist die Verwendung von Bleiweiß als Deckfarbe verboten und mußte eingestellt werden. An Stelle von Bleiweiß muß Titanweiß (Titanioxyd) benutzt werden.

Wir möchten unsere Kollegen und Kol-

legen ersuchen, dieser wichtigen Sache die größte Aufmerksamkeit entgegenzubringen. Die Heimarbeiterinnen müssen verlangen, daß ihnen die Spiritusflamme zur Erwärmung der Kapillare von dem Unternehmer geliefert wird. Sie müssen es ablehnen, Perlen mit Farben zu färben, die Bleiweiß enthalten. Die Arbeiterinnen als Heimarbeiterinnen müssen sich im Fabrikarbeiterverband organisieren, und müssen jeden Umgehungsversuch des Verbot (Verwendung von bleiweißhaltigen Farben) beim Färben der Glasperlen von Seiten der Unternehmer den zuständigen Organisationsleitungen melden.

Unsere zuständigen Organisationsleitungen ersuchen wir, alle Fälle in denen festgestellt werden kann, daß beim Färben der Glasperlen bleiweißhaltige Farben zur Anwendung kommen, ohne Ansehen der Person an das zuständige Gewerbeaufsichtsamt zur Anzeige zu bringen. M. Erler.

## Entscheidung betreffs Gleichstellung

### der Hausgewerbetreibenden und Zwischenmeister mit den Hausarbeitern

Thür. Wirtschaftsministerium, Abt. Handel, Gewerbe, Verkehr u. Arbeit, Gesch.-Nr. VI D III/32.

Wei mar, den 5. Dez. 1932, Marienstraße 5.

Auf Grund von § 18 Abs. 2 des Hausarbeitgesetzes in der Fassung vom 30. Juni 1928 (Reichsgesetzblatt I, S. 472) stellen wir die Hausgewerbetreibenden und Zwischenmeister, die sich mit der Herstellung von Glaswaren befassen und unter die Zuständigkeit des Fachausschusses für die Hausarbeit in der Glasindustrie, Sitz Ilmenau, fallen, gemäß § 18 Abs. 1 a. a. O. den Hausarbeitern gleich.

Die Gleichstellung erstreckt sich jedoch nur auf diejenigen Hausgewerbetreibenden und Zwischenmeister, die den überwiegenden Teil ihres Verdienstes aus ihrer eigenen Arbeit am Stück beziehen, deren Jahreseinkommen 3000 RM nicht übersteigt und die nach § 162 in Verbindung mit § 165 der Reichsversicherungsordnung krankenversicherungs-pflichtig sind. Maßgebend für die Gleichstellung ist die jeweils letzte Veranlagung zur Einkommensteuer.

Gründe:

Der Antrag auf Gleichstellung der Hausgewerbetreibenden und Zwischenmeister der Glasindustrie in Thüringen und im preussischen Kreis Schleusingen war gemeinschaftlich vom Verband Deutscher Glasinstrumentenfabriken, e. V. und dem Keramischen Bund, Abt. des Fabrikarbeiterverbandes, Gau Thüringen in Ilmenau, gleichzeitig mit dem

## Farbenglasverhandlungen ergebnislos

Die Verhandlungen für die deutsche Farbenglasindustrie sind bedauerlicherweise am 16. dieses Monats ergebnislos verlaufen. Trotz der bereits bekanntgegebenen Erklärungen der Reichsregierung in sozialpolitischer Hinsicht verlangte der Arbeitgeberverband, daß ein wesentlicher Lohnabbau noch vereinbart werden müßte.

Dies ist einmütig von der Tarifkommission der Arbeitnehmer abgelehnt worden. Es finden weitere Verhandlungen vor einem Tarifschiedsgericht statt, das mit endgültiger Wirkung entscheidet.

Diesen Weg zu beschreiten, hält die Tarifkommission der Arbeitnehmer für notwendig, damit der Tarifvertrag in der jetzt schweren Zeit nicht nach dem Willen der Arbeitgeber zerschlagen wird.



# Nazi-Demagogie in Thüringen

Im „Völkischen Beobachter“ Nr. 343 vom 7. Dezember wird in breiter Aufmachung die Rundfunkrede des P.g. Sauckel, seines Zeichens nationalsozialistischer Staatsminister in Thüringen, den unkritisch eingestellten Lesern vorgesetzt. P.g. Sauckel will denen, die bekanntlich niemals alle werden, erzählen, daß erst ein Naziminister kommen mußte, ehe die breite Öffentlichkeit vom Elend der Arbeiterschaft in Thüringen im allgemeinen und der Heimarbeit im besonderen, erfährt. In allergeringsten Redewendungen macht er den Versäiler Schandfrieden und die „wirtschaftlichen Vernichtungsmaßnahmen“ im vergangenen Jahrzehnt für die Thüringer Katastrophe verantwortlich, sonderlicherweise nicht den Weltkrieg mit seinen ungeheuren wirtschaftlichen Schäden.

Auf alle diese furchtbaren Erscheinungen in Thüringen und auch in allen anderen stark mit Heimarbeit durchsetzten Industriegebieten haben die zuständigen Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei schon seit Jahren, ja sogar schon lange vor dem Kriege hingewiesen und auch Wege zur Beseitigung aufgezeigt. Der unermüdeten Arbeit der Gewerkschaften ist das 1911 erlassene und 1923 verbesserte Hausarbeitsgesetz zu verdanken. Die 1924 erschiene Verordnung über Fachauschüsse für Hausarbeit und viele Tarifverträge nannten sich der Interessen der Heimarbeit an. Im Tarif für die feinkeramische Industrie befinden sich folgende Bestimmungen für Heimarbeiter:

### Heimarbeit

§ 40. Die Berechnungsgrundlage und das Verfahren für die Festsetzung von Akkordlöhnen für Heimarbeiter ist ungeschädigt wie für Betriebsarbeiter.

§ 41. Anspruch auf Urlaub haben nur ständige Heimarbeiter, das sind solche, die mindestens ein Jahr lang für einen Betrieb durchschnittlich 80 Prozent der für die gleichartige Betriebsgruppe üblichen Arbeit pro Woche zur Abfertigung bringen.

§ 42. Für die Schlichtung von Streitigkeiten über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Heimarbeit sind die gleichen Schiedsorgane (Abschnitt 11) wie für die Betriebsarbeiter zuständig.

§ 43. Die Bestimmungen dieses Abschnittes gelten in gleicher Weise auch für die Heimarbeitlerinnen.

Die Heimarbeiter in der Porzellanindustrie haben die gleichen Rechte, Löhne, Urlaub usw. wie die Betriebsarbeiter. Ihnen stehen die gleichen Instanzen zur Durchsetzung ihrer Rechte zur Verfügung wie den Betriebsarbeitern. Sie haben die ihnen zustehenden Rechte auch wahrgenommen. Das war einmal, nämlich zu der Zeit, als im Reich und in den Ländern der von den Nazis so viel geschmähte Marxismus noch Einfluß genug besaß, und Sozialdemokraten noch Regierungsämter inne hatten.

Thüringen ist ein Land, das mehr als alle anderen deutschen Länder auf Export angewiesen ist. Ob man die Porzellan-, Glas- oder die Spielwarenindustrie betrachtet, alle müssen den größten Teil ihrer Erzeugnisse exportieren. Als überall der Schutzzollwahn sion überhandnahm, veränderte sich auch das Beschäftigungsverhältnis in Thüringen zum Schlimmeren. Jemehr der Protektionismus sich durchsetzte, um so mehr Betriebe kamen ganz oder teilweise zum Erliegen. Bis zu den Jahren 1924/25 waren in Thüringen noch gegen 22.000 Porzellanarbeiter in 150 Betrieben fast jahraus jahrein beschäftigt. Heute sind in etwa 104 Betrieben knapp 8500 Arbeiter, zum Teil bei starker Kurzarbeit beschäftigt. An den gegenwärtigen Zuständen tragen die Freunde des Herrn Sauckel mit ihrem unsinnigen Autarkiegeschwätz ein gerüttelt Maß Schuld. Immer und immer wieder haben die Gewerkschaften, hat die SPD und auch ein Teil der Industrie auf das Verderbliche dieses Geschwätz hingewiesen. Jetzt, da nun die Folgen dieses Tuns zu tragen sind, sollen die damaligen Warner nach dem Motto „Haltet den Dieb“, am liebsten für diese Entwicklung verantwortlich gemacht werden. Der aufgeklärte Teil der Arbeiterschaft und auch viele Unternehmer lassen sich aber nicht mehr dumm machen. Ein Beweis dafür sind z. B. in Thüringen die letzten Kommunalwahlen. Da hat's schon was auf die Badchoso für die Nazis gegeben.

Die Nationalsozialistische Partei ist seit zirka 2 Jahren an der Regierung Thüringens maßgeblich beteiligt. Was hat sie in der Zeit getan? Aus der Porzellanindustrie wissen wir, daß gerade von den Betriebsinhabern, die mit

Vorliebe Heimarbeiter beschäftigen, obwohl sie Betriebsteile leer stehen lassen, Anhänger der Nazi-Partei sind, und neuerdings treten sie mit ihren deutschen nationalen Freunden (?) noch für das Zugabeverbot ein, das bei seiner Durchführung für weitere tausende Arbeiter mit ihren Familien Brotlosigkeit bedeuten würde. Diese Herren gehören also zu den „Hyänen der Wirtschaft“, die reiche Beute machen, wenn Not und Elend unter den Heimarbeitern am größten ist. Warum schreit man gegen diese Sorte Unternehmer nicht ein? Weil man fürchtet, sie als Mitglieder zu verlieren und man hat keine mehr zu verlieren. Laute Reden in der Öffentlichkeit halten und sich in einer gefälligen Presse dafür beweihräuchern zu lassen, ist die einfachste Methode, aber dem Elend und der Not ist damit nicht abgeholfen. Warum tut die Nazi-Regierung in Thüringen nichts für die Heimarbeiter, warum schützt sie sie nicht vor den „Hyänen der Wirtschaft“? Auch mit dem Bettelsack sind die Opfer einer verkehrten Wirtschaftspolitik nicht zu retten. Nur eine energische und zielbewusste im sozialistischen Sinne geführte Wirtschaft, die international durchgeführt werden muß, kann solche Zustände dauernd beseitigen. Bis dahin haben die Nazis Gelegenheit, da sie den Behördenapparat in den Händen haben, gegen die Hyänen der Wirtschaft so anzugehen, daß den armen Heimarbeitern geholfen wird. Jetzt ist es so, wenn die Heimarbeit Arbeit haben wollen, müssen sie erst einmal P.g. werden und dann findet der noble Unternehmer und P.g. ganze Familien für 13., 14. und mehrstündige Arbeitszeit mit einem Lohn ab, den der Arbeiter tarifmäßig arbeitstäglich haben müßte. Greifen Sie dort zu, Herr Minister, dann brauchen Sie nicht den Bolschewisten-schreck für denkaule Spieler an die Wand zu malen. Die gesetzlichen und tariflichen Unterlagen haben Ihnen die Gewerkschaften in mühseliger Arbeit geschaffen. Sie brauchen nur zu handeln, nicht zu reden.

# Marktredwitzer Klageherd

Die Porzellanfabrik Jaeger & Co. Marktredwitz, befindet sich schon wieder einmal in Schwierigkeiten. Sie hat zu Weihnachten 90 Mann gekündigt. Vor einigen Wochen erst hat auch diese Firma die Wirtschaft mit Ankurbeln helfen. Bei dem Ankurbeln ist aber die Kurbel gebrochen, und der Herr Direktor Zeidler hat sich auch noch beim Ankurbeln den Arm gebrochen. Die Belegschaft streikte damals im Oktober ein paar Tage mit Erfolg, und mit der ganzen Herrlichkeit der Ankurbelung hatte es ein Ende. Weil nun die Firma auf diese Weise der Arbeiterschaft nicht bekommen konnte, versucht man es jetzt auf andere Weise. Der Papen-Plan mitsamt der Ankurbelung ist ins Wasser gefallen. Weil sich Herr Zeidler auf Papen und seinen Plan nicht mehr verlassen kann, hat er sich selber einen Plan zurechtgemacht, der gar nicht über ist, bloß es fehlt noch die Arbeiterschaft, die so dumm ist und einen solchen Quatsch mitmacht. Und da wird sich Herr Kommerzienrat Jaeger und auch Herr Direktor Zeidler wieder verrechnen; denn das, was sie hier in die Tat umsetzen wollen, scheitert schon an der Tat-

sache; daß sich die Arbeiterschaft gerade der Porzellanindustrie mit Erfolg bisher bemüht hat und auch weiterhin mit Energie bemühen wird, den Tarifgedanken und die tarifvertraglichen Bestimmungen in allen ihren Einzelheiten aufrechtzuerhalten und zur Durchführung zu bringen. Und das geschieht nicht nur im Interesse der Arbeiterschaft, die sowieso durch die Entlohnung der tarifvertraglichen Sätze nichts mehr zu verschenken hat, sondern auch im Interesse der Industrie und derjenigen Herren Arbeitgeber, die bisher loyal den Tarifvertrag mit allen seinen Bestimmungen gehalten und erfüllt haben. Wir wissen nicht, ob sich Herr Zeidler schon einmal darüber Gedanken gemacht hat, wie das wohl wirken und wie das wohl aussehen würde, wenn die Porzellanarbeiter, sagen wir einmal bei der Firma Winterling oder bei der Firma Thomas & Co. die tarifvertraglichen Sätze verlangt und der Firma Jaeger gegenüber 10 Prozent Nachlaß gewähren würde. Der Tarifvertrag ist vom Schlichter, von der Schlichterkammer, in der Arbeitgeber als Beisitzer gewirkt haben, als das Minimum dessen erklärt worden, was die

Porzellanindustrie ihrer Arbeiterschaft an Entlohnung gewähren muß. Und das ist auch bis heute in allen Betrieben durchgehalten worden, und wir sehen gar nicht ein, warum wir ausgerechnet Herrn Jaeger und Herrn Zeidler eine Extrawurst braten sollen. Diesen Herren empfehlen wir auch etwas mehr Solidarität mit ihren Kollegen aus der Porzellanindustrie. Vielleicht gelingt es ihnen dann, besser auf einen grünen Zweig zu kommen.

Der Vorschlag der Firma geht dahin: Für 1933 eine Beteiligung aller Beschäftigten am Gewinn und Verlust, soweit länger als 32 Stunden in der Woche gearbeitet wird. Selbsthilfe sei das Gebot der Stunde.

Diesem Vorschlag steht man schon von weitem die Uebervorteilung der Arbeiterschaft an; denn schon jetzt ist sicher, daß die Firma Jaeger & Co. in Marktredwitz im Jahre 1933 keinen Gewinn macht. Die Belegschaft hätte neben schlechter Entlohnung noch einen Verlust zu tragen und dabei nicht einmal die Gewißheit, daß sie ihre Arbeitsstelle behält. Wir warnen die Belegschaft, auf solche Bauernfängerei einzugehen. Sie würde nur Nachteile davon haben.

### Arzberg

Auch bei Schumann in Arzberg ist schon wieder Auftragsmangel eingetreten. Die Firma gibt bekannt, daß sich nach Beendigung des Weihnachtsgeschäftes ein fühlbarer Rückgang des Geschäftes bemerkbar machen wird, und daß es ausgeschlossen sein wird, die gesamte Belegschaft, selbst unter Einführung von Kurzarbeit, weiter zu beschäftigen und daß man Ende Dezember 200 bis 300 Personen wegen Mangel an Arbeit entlassen müsse. Auch hier hat die Ankurbelung der Wirtschaft nach dem Papen-Plan nicht lange gedauert, und unsere Vermutungen, daß die ganze Geschäftsbelegung in der Porzellanindustrie zum allergrößten Teil auf die saisonale Belegung durch das Weihnachtsgeschäft zurückzuführen ist, hat sich bestätigt.

Der junge Herr Schumann, der die Firma in Arzberg seit einigen Jahren führt, hat seine eigenen Methoden, einen Betrieb zu leiten. Ob diese Methoden die richtigen sind, wird sich recht bald erweisen. Fachleute und eingeweihte Kreise bezweifeln es jedenfalls. Im allgemeinen scheinen die neuen Betriebsführungsmethoden der Firma nicht sehr gut zu bekommen. Es stimmt sehr vieles nicht bei Schumann. Wir werden uns demnächst mehr mit dieser Firma und ihrer Betriebsführung beschäftigen müssen.

### Sonneberg

Unser Kollege Ferd. Backert aus Schwarzdorf bei Sonneberg, Massentiller in den Vereinigten Köppelsdorfer Porzellanfabriken, Betrieb Heubach, ist am 10. Dezember bei der Nachtschicht tödlich verunglückt. Der Kollege ist verbrannt.

Über die Ursache des Unglücks herrscht völliges Dunkel. Der Heizer der Frührschicht hat ihn schwerverbrannt aufgefunden. Der Kollege starb unter gräßlichen Schmerzen, da fast der ganze Oberkörper verbrannt war.



# Zieglers Weihnachten!

Schweigend und resigniert schaut der Ziegler, der jahrelang schon arbeitslos ist, durch das Fenster in die winterliche Landschaft und gibt von seinem wenigen den hungrigen Tieren ab. Er freut sich trotz seines Elends über das muntere Gezwitscher der Vögel, wie sie sich auf der Futterstelle balgen, und denkt dann wieder mit Schauern an seine Zukunft, die grau und düster vor ihm liegt. Wieder steht Weihnachten vor der Tür, und damit ist wieder ein Jahr der Arbeitslosigkeit bereits vergangen. Die Zukunft bietet keine Aussicht, daß der Ziegler baldigst wieder in Arbeit und Verdienst kommt, um den Lebensunterhalt für seine Familie verdienen zu können.

Ist nach menschlichem Ermessen überhaupt die Möglichkeit vorhanden, daß die Ziegler aus den Wandergeländen wieder in Arbeit kommen? Von einigen wird diese Frage bejaht, aber von anderer Seite verneint. Die Ersteren sagen, wenn die Wirtschaftslage sich im allgemeinen belebt, so wird auch die Bautätigkeit sich wieder heben und dadurch auch der Zieglerschatz wieder Arbeit und Verdienst geben. Die So denken, vergessen, daß zwischen früher und heute eine Zeit liegt, in der die deutsche Ziegelindustrie die Rationalisierung sehr weit vorangetrieben hat, so daß es mit bedeutend weniger Kräften möglich ist, die für den Baunarkt nötigen Ziegel herzustellen. Weiter kommt hinzu, daß der Wohnungsbau nur einen Bruchteil der Produktion an Ziegeln steuern benötigt, sondern daß der größte Teil der Produktion für Industriebauten und Bauen der öffentlichen Körperschaften benötigt wurde. Industriebauten und Bauen für öffentliche Körperschaften werden in absehbarer Zeit nicht benötigt, so daß nur der Wohnungsbaunarkt übrigbleibt. Dieser ist aber nicht in der Lage, die volle Produktion zu verwerten zu können. Hinzu kommt noch, daß alle Gemeinden und Gemeinverbände das verständliche Bestreben haben, wo sich eine Arbeitsstelle auftut, zunächst erst die einheimischen Arbeitskräfte in die Arbeitsstellen zu bringen, um ihre Wohlfahrtlasten zu verringern. Daher kann mit einiger Sicherheit angenommen werden, daß es noch Jahre dauern wird, bevor wieder alle Ziegler in den Produktionsprozeß eingereiht sind. Angesichts des bevorstehenden Weihnachtstages sind dies keine erfreulichen Aussichten für die Zieglerschicht. Aber es ist besser, daß man etwas Unabwendbares klar ins Auge schaut. Geschieht dies, so

können auch von den maßgebenden Stellen diejenigen Schritte unternommen werden, die das Los der Ziegler erleichtern.

Die Lage der Ziegler in den Auswanderungsgebieten ist keine rosige Not und Elend sind bei ihnen schon seit Jahren zu Gast. Die Gemeinden sind nicht in der Lage, genügend Arbeit zu geben. Die Finanzen reichen nicht mehr aus zur notwendigen Unterstützung. Industrie ist nicht vorhanden und wird auch in absehbarer Zeit nicht angesiedelt werden können, weil die übrige Industrie nicht einmal Beschäftigung hat.

Und doch darf trotz der schlechten Aussichten der Ziegler den Mut nicht sinken lassen. Es gilt, innerhalb seiner Gewerkschaft mitzuarbeiten an dem großen Ziel, das sich die Gewerkschaften gesteckt haben, den Umbau der Wirtschaft vorzunehmen. Selbst Männer der privaten Wirtschaft haben erkannt, daß das heutige Wirtschaftssystem nicht in der Lage sei, der Wirtschaftskrise Herr zu werden. Die heutige Wirtschaftsform muß durch eine Planwirtschaft abgelöst werden. Die Menge der herzustellenden Waren muß im Einklang gebracht werden mit dem Verbrauch. Die Preise müssen noch mehr, als es schon geschehen ist, der veränderten Kaufkraft angepaßt werden. Die Arbeitszeit muß durch Reichsgesetz auf ein Mindestmaß herabgesetzt werden, damit die Möglichkeit gegeben ist, mehr Arbeitskräfte wieder in den Arbeitsprozeß einzuschalten. Hieran mitzuarbeiten, müßte die Aufgabe aller wahren Volksgenossen sein.

Weihnachten! Was kann Weihnachten einem Arbeitslosen in der heutigen Zeit bieten? Freude, Frieden, Wohlfühlen sind Begriffe, die der Arbeitslose, der nun schon seit Jahren zum Arbeitsamt oder zum Wohlfahrtsamt wandert, nicht mehr kennt. Womit soll er seine Familienangehörigen beschenken, um in das graue Einerlei etwas Freude zu bringen, dies liegt in weiter Ferne. Es war einmal, so kann auch er sagen, und es klingt wie ein Märchen aus früheren Zeiten, wenn das Wort Weihnachten ausgesprochen wird. Und doch wird auch er versuchen, wenn auch mit den bescheidensten Mitteln, seinen Kindern eine Weihnachtstunde zu bereiten in der Hoffnung, daß auch für ihn und seine Familie wieder bessere Zeiten anbrechen, und in diesem Sinne möge wenigstens allen Ziegler, besonders den Arbeitslosen, wenigstens in etwas Weihnachtsfreude beschieden sein.

Konrad Potthast, Hiddosen (Detmold).

### Großenhain

Am 10. Dezember verhandelte der Spruchausschuß des Arbeitsamtes Riesa über einen Einspruch des Ziegelearbeiters Satke.

Der Kläger war in den letzten beiden Jahren bei der unruhlich bekannten Firma Dampfziegelei Martin Dörschel in Schönborn bei Großenhain beschäftigt gewesen. Die Firma hatte sein wöchentliches Einkommen bei der Krankenkasse zu spärlich angegeben, um im eigenen Interesse sparen zu können. Nach der erfolgten Entlassung des Klägers wurde ihm seitens des Arbeitsamtes die Erwerbslosenunterstützung auf Grund des § 75 a abgelehnt, weil bei einem wöchentlichen Arbeitsentgelt von nicht mehr als 10 RM eine Versicherungspflicht nicht in Frage komme. Auf Grund beigebrachter Unterlagen aus einem Prozeß vor dem Arbeitsgericht konnte der Kläger den Nachweis erbringen, daß er wöchentlich 10 RM in bar und ferner tägliches Mittagessen und Frühstück erhalten habe. Diese Naturalbezüge zuden natürlich gleichfalls als Einkommen. Zudem hat der Kläger durchschnittlich 40 bis 60 Stunden gearbeitet. Mangels einer von den Oberversicherungsämtern festgelegten Ortslohns, in diesem Falle 4,— RM pro Tag. Der

miterschiedene Inhaber der Firma bestritt an dem Kläger wöchentlich 10,— RM in bar ausgezahlt zu haben. Seine Aussagen waren jedoch voller Widersprüche, so daß er vom Vorsitzenden daraufhin belehrt werden mußte. Bezeichnend war, daß Dörschel erklärte, keine Bücher zu führen. (Hier sollte sich das Finanzamt darum kümmern.) Dem Kläger wurde die Unterstützung zugesprochen. Im übrigen wurde seitens des Vorsitzenden des Spruchausschusses Herrn Dörschel erklärt, daß das Arbeitsamt gegen ihn bei der Staatsanwaltschaft Anzeige erstatten muß.

Aus vorstehenden ist zu ersehen, daß die Verhältnisse bei der Firma M. Dörschel jeder Beschreibung spotten. Dem dort beschäftigten Arbeiter wird der Lohn nach Belieben gezahlt. Mit der Abführung der Beiträge an die Krankenkasse ist es ähnlich. Einbehaltene Versicherungskarten der Invalidenversicherung sind einfach verschwunden, wenn die Arbeitnehmer sie vom Inhaber der Firma zurückfordern.

Die Arbeiter dieses Betriebes sind allerdings unorganisiert und zum Teil nationalsozialistisch eingestellt. Nur die Tatsache, daß der Kläger den Fabrikarbeiterverband anrief, verhalf ihm zu seinem Recht.

# Zukunft des Wohnungsbaues

In der Gesellschaft für Soziale Reform, Ortsgruppe Berlin, sprach am 2. Dezember der Oberbürgermeister von Nürnberg, Dr. Luppe, über die Zukunft des Wohnungsbaus. Die Not der Staats- und Gemeindefinanzen, der Abbau der Haussteuer und ihre geänderte Verwendung haben die öffentliche Unterstützung des Wohnungsbaus fast zum Versiegen gebracht, von der verhältnismäßig geringen Summe für Stadterneuerung und Eigenheimbauhypotheken abgesehen. Von bevölkerungsstatistischer Seite wird der Neubaubedarf für die nächsten Jahrzehnte noch mit mehreren 100.000 Wohnungen pro Jahr angesetzt. Die Krise vermindert jedoch die der Bevölkerungsentwicklung entsprechende Nachfrage nach Wohnraum. Abbruch überalterter Gebäude unterbleibt fast völlig. Einzelpersonen mit eigener Wohnung und ganze Familien ziehen mit Verwandten zusammen, die Untragbarkeit namentlich der Neubauten zwingt. Unzählige ihre Wohnung aufzugeben und in Notunterkünften in oder vor der Stadt zu hausen. Diese Entwicklung und die immer stärker einsetzende Städtflucht führen dazu, daß kein Neubaubedarf entsteht und im Gegenteil immer mehr Wohnungen leer bleiben. Die Hausbesitzer geraten dadurch in Schwierigkeiten, von denen auch schließlich die Gemeinden betroffen werden, soweit es sich um

Neubaubedarf handelt, der mit kommunaler Unterstützung entstanden ist. Mietsenkung, Erleichterung der Zinslasten, Teilung großer Wohnungen seien angesichts dieser beklagenswerten Gestaltung des Wohnungsmarktes notwendig, die Investierung neuer großer öffentlicher Mittel in weiteren Wohnungsbau sei dagegen wirtschaftlich bedenklich. — Dr. Luppe's Ausführungen riefen eine lebhafte Debatte hervor, in der u. a. der Direktor im Statistischen Reichsamt, Dr. Burgdorfer, die Ansicht vertrat, daß der natürliche Wohnungsbedarf sich elementar durchsetzen und Wohnungsneubau unvermeidlich sein werde, den man überdies nicht nur vom Standpunkt der Wirtschaft, sondern auch von dem des Menschen betrachten müsse. Die weitere Diskussion, an der sich Stadtkaufmann Wagner, Reichskanzler a. D. Bauer, Bausparkassendirektor Lubahn, Regierungsrat Dr. K. Wagner (Stat. Reichsamt) und Dr. C. Nawratzky beteiligten, ergab, daß die Angleichung der Mieten an die geschrumpften Einkommen erstes Erfordernis ist, daß aber die Aufgabe, im Interesse der Lebensfähigkeit des Volkes möglichst allen Deutschen gesunde und ausreichende Wohnungen zur Verfügung zu stellen, für die Zukunft unverändert bestehen bleibt.

# Auch ein Zeitgenosse / Von Max Barfiel

Im Weltkrieg hatte Doktor P. aus Budapest heftig mit den Sponen patriotischer Kriegsberichterstattung geklirrt, und dann wurde er Kriegsminister der ungarischen Räterepublik. Vom k. u. k. Kriegsberichter erstatter bis zum roten Kriegsminister war ein gewaltiger Schritt, aber er wachte ihn mit der unverwundlichen Sicherheit auf das schlechte Gedächtnis der Arbeiter. Im Sommer 1920 kam er als Delegierter zum zweiten Kongress der Dritten Internationale. Er war ein kluger Kriegsminister gewesen und hatte beim Zusammenbruch selbstverständlich sein Leben gerettet.

Mit diesem Doktor P. wurde ich damals in Moskau bekannt. Wir wohnten in einem Hotel Zimmer an Zimmer, trafen uns manchmal im Kreml oder auf Meetings in der sommerheißen Stadt. Er schrieb, wie er versicherte, an einem Buch über die bolschewistische Revolution, trotzdem er kaum zwanzig Worte russisch verstand. Nach einem Meeting spazierten wir nach dem Hotel und sprachen über die russischen Arbeiter.

„Sehen Sie, bittä, einmal diese Arbeiter an, bittä“, sagte er, „es sind ganz gewöhnliche Arbeiter, bittä, und ein ganz prachtvolles Material und Element. Und warum, bittä? Nun, weil es über Revolutionäre sind, wärter Genoss! Sehen Sie sich bittä, einmal diese Heldegensichter an, diese Atla-achseln bittä, auf denen der Kosmos der Zukunft lastet, bittä!“ Er schwing eine kleine Weile, atmete tief und fragte: „Haben Sie nicht manchmal auch das häßliche Gefühl, mit dem Lauf der Welt, bittä, entscheidend beeinflussen zu können? Als ich noch Kriegsminister, entschuldigen Sie, bittä, ich meine, Volkskommissar für das ungarische Heereswesen war...“

In diesem Tonfall ging es eine ganze Stunde weiter. Zuletzt hielt er ein Kolleg über die Strategie des Bürgerkriegs über proletarische Taktik und verpaßte Gelegenheiten. Abschließend machte er die anderen ungarischen Kriegsminister, auch die bürgerlichen, verächtlich, und stimmte einen Lobgesang auf seine eigene, alles überragende Persönlichkeit an.

Mit den Russen war die Zeit, Europa war viel zu viel mit sich selbst beschäftigt. Die neugegründeten Staaten bauten an den Unterdrückungsmaschinen gegen ihre nationale Minderheiten. Die alten Staaten waren durch die Blutverluste erschöpft oder verdauten geruhlos neue Provinzen. Die schwankenden Röhre vor jedem neuen Sonnenaufgang, die Intellektuellen, beugten sich dem Osten zu. Mit den Russen war eine große Idee. Selbst die Waffen der Diktatur verwandelten sich in den Augen der Gläubigen in weiße Lilien.

Doktor P. war alles, aber kein Gläubiger. Er war höchstens ein Hochstapler der Revolution, der nicht aus dem alten Knappe, sondern aus dem neueren Marx seine Weisheit geschöpft hatte. Inmitten der byzantinischen Architektur Moskaus wurde er selbst byzantinisch. Seine große Wandlung und geschickte Wendung erlebte ich an einem der nächsten Abende. Wir kamen auf dem roten Platz in einen Schwarm junger Kommunisten hinein, die aus dem Kreml singend herausbrachen und die breite Twerskaja hinunter liefen.

Moskau war an diesem Abend eine ganz südlische Stadt mit breiten Plätzen und Boulevards, mit bewegten Massen, sanften Windstößen aus den nahen Wäldern und großen verschleierte Sternchen. Kirchenkuppeln glieften die Straßen dröhnten, heiß war der Abend, und die Lieder der jungen Menschen schallten in die Dunkelheit.

Der Marsch nach dem Platz der Freiheit, nach dem Obelisk der Freiheit, war eigentlich ein Tanz. Die Stadt und die Jugend feierte die Delegierten des Kongresses. Selbst in den toten Steinen war messianische Verzückung. Am Obelisk improvisierten die jungen Russen eine Bombardi mit dem gepflegten Räuberbart hielt eine Rede, ein Franzose ergriff das Wort, ein Deutscher sprach als Dritter und dann donnerten die Russen ihre Manifeste. Es war wie eine Verbüderung. Es war so eine Szene, wie sie in den Flutzeiten jeder Revolution emporgetragen und bildhaft für die Nachwelt gezeichnet wird. Um den weißen Platz sammelten sich die Moskauer und jubelten den Ausländern zu.

Doktor P. trat nicht mit als Redner auf. Er tanzte und sang auch nicht wie die anderen. Er ging ruhig und gelassen neben den Schwärzern her und stellte sie als „Material“

und „prachtvolles Element“ in seine Berechnungen ein. Vom Obelisk ging es zum zweiten Sowjethaus. Dort wohnte der Junge Bucharin. Die Jugend verlangte, ihn zu sehen. Endlich trat er auf den Balkon und hielt eine kleine Rede. Als er damit fertig war, drängte sich Doktor P. plötzlich vor und riskierte ein Ansprache „im Namen des heldenmütigen ungarischen Proletariats, aus tausend Wunden blutend und mit einem ‚Trotz alledem‘ auf den Lippen!“ Er forderte Bucharin so aufdringlich, bis der bescheidene Mann auf dem Balkon mit der Hand abwinkte und verschwand.

Auf dem Heimweg war Doktor P. sehr still. Am übernächsten Tag aber erschien von ihm ein Aufsatz über den Tanz der Jugend am Obelisk der Freiheit. Dieser Bericht war so hinreißend geschrieben, daß er einen Dichter hätte beschämen können. Aber der Ungar war kein Dichter. Er war nur ein eiskalter Macher, bis der bescheidene Mann auf dem Balkon mit der Hand abwinkte und verschwand.

## Proletarierschicksal in alter und neuer Zeit

Vor einiger Zeit ging durch einen Teil der Presse die Mitteilung, ein amerikanischer Arbeitsloser habe sich als Sklave verkaufen wollen. In der Annonce hob er seine körperliche und geistige Beschaffenheit besonders hervor.

Wie ein Blitzlicht erhellt diese Mitteilung die Situation, in der sich das Proletariat der Jetztzeit befindet. Wir Menschen pflegen die Vergangenheit wesentlich kritischer und gerechter zu betrachten als die Gegenwart. In derselben sehen wir den „Wald vor lauter Bäumen nicht“, wie ein Sprichwort treffend sagt. Mancher wundert sich, wie es möglich war, daß im Altertum Hunderttausende, ja Millionen Menschen in Sklaverei zu halten waren, ebenso im Mittelalter die Bauern in der Leibeigenschaft. Daß es jedoch möglich ist, während der Jetztzeit Menschen auszunutzen und im Falle der Unbrauchbarkeit sie ausgepreßten Zitronen gleich auf die Straße zu werfen, wundert sie nicht. Ebenso nicht, daß die Schicht der besitzlosen Menschen, die die überwiegende Zahl der Bevölkerung darstellt, in großen Ländern politisch das gleiche Recht hat wie die Ausbeuter, lesen und schreiben kann und sich trotzdem eine Regierung wählt, die die Belange der Besitzenden vertritt. Wahrlich, eine Rolle, die der politisch gleichberechtigte Proletarier in der Geschichte, späterer Zeiten spielen wird, dürfte alles andere, nur nicht erhebend für ihn sein. Ist er doch einmal in vielem schlechter dran als der Sklave des Altertums und der Leibeigene des Mittelalters, zum anderen Opfer seiner Dummheit.

Zum Sklaven wurde im allgemeinen der Fremdstämmige gemacht. Sel es, daß er als Kriegsgefangener dem Gegner in die Hände fiel oder als Angehöriger eines kriegführenden Stammes in die Sklaverei geführt wurde. Den eigenen Volksgenossen pflegte man im allgemeinen hierzu nicht zu machen. Das blieb späteren „kulturell höher stehenden“ Epochen vorbehalten. Die Sklaven stellten den Reichtum des Besitzers dar. Sie wurden auch dann nicht freigelassen, wenn sie ihre Arbeit verrichtet hatten, sondern lebten in Zeiten des Ueberflusses besser als in Zeiten der Knappheit.

Ähnlich erging das den Leibeigenen des Mittelalters. War die Ernte gut, verließ auch ihnen mehr zum Leben, selbst wenn sie dem

„Ein junger Mensch mit gemesselter Marmorstirn, um welche die Gewitter der proletarischen Revolution die schönsten Blitze sendete, fragte seinen Nachbarn: ‚Hast du, teurer Genosse, dir schon einmal Gedanken darüber gemacht, wo die Hauptstadt der Vereinigten Erdballrepublik sein soll?‘ Der Freund schüttelte das Adlersgesicht, um welches das Morgenrot einer besseren Zukunft leuchtete, und sagte: ‚Nein, teurer Genosse!‘ Der andere antwortete triumphierend: ‚Aber ich, Bruder! In Kaschmir wird sie sein, in Kaschmir!‘ Und ehe sein Freund antworten konnte“, fuhr der Ungar in dem Bericht fort, begann neuer Gesang, und die proletarischen Fülle hüpfen tanzend der kommenden Hauptstadt der Erdballrepublik, Kaschmir, entgegen.“

Doktor P. verstand kein Russisch, als er den Bericht schrie. Er hüpfte auch nicht tanzend Kaschmir entgegen. Im nächsten Frühjahr ging er nach Deutschland und leitete mit im Hintergrund den Mitteldutschen Aufstand. Er war Fachmann in deutschen Angelegenheiten. Er sprach und verstand ja deutsch. Und als dieser Aufstand zusammenbrach, hat er sich natürlich gerettet. Auch darin war er Fachmann.

## Feudalherren den Anteil von den Produkten abliefern mußten.

In einer wesentlich erbärmlicheren Lage befinden sich die Proletarier des kapitalistischen Zeitalters. Sie sind nur zum Schaffen da und haben eine Daseinsberechtigung nur dann, wenn sie Arbeit haben. Haben sie all das verrichtet, was zu tun war, dann setzt ihr Unglück ein. Sie werden arbeitslos und hungern. Hungern immer dann, wenn die Welt einem Paradies gleichen könnte, weil all das im Ueberfluß vorhanden ist, was Herz und Magen erfreuen könnte. Und je mehr Ueberfluß sich anhäuft, desto bitterer steigt ihre Not. Wahrlich, es gehört eine enorme Portion Gemeinheit und Bosheit dazu, diesen Menschen einzureden, daß dieses kein Unrecht, sondern eine gottgewollte Ordnung sei. Wenn Besizende diese Auffassung vertreten, kann sie zur Not mit Egoismus entschuldigt werden. Womit will man es jedoch entschuldigen, wenn Proletarier die Belange ihrer Quäler vertreten, den sich währenden Teil des Proletariats als „Unter-menschen“ bezeichnen und für Betteluppen und wenige Pfennige Sold gegen sie zu Felde ziehen. Hoffentlich dauert es nicht gar zu lange mehr, bis auch dieser Teil des Proletariats sich seines Tuns schämt und den Kreis derer verstärkt, der für eine Änderung dieses verfluchten Wirtschaftssystems eintritt. Bei uns allen liegt es, dafür zu arbeiten, daß dieses bald geschieht. Wenn jeder seine Pflicht erfüllt, ist es nicht schwer, die Zahl der gewerkschaftlich und politisch organisierten zu verdoppeln. Diese Zahl nochmals verdoppelt, und die jetzigen unseligen Verhältnisse verschwinden wie ein Spuk mit Eintritt des Lichts.

Liedtke

## Das Buch als Freund in der Not

In den Volksbüchereien Berlins sind im Jahre 1931 3 275 686 Bücher ausgeliehen worden. Die Zahl der Besucher in den Lesehallen betrug 1 044 137. Die Stadtbibliothek hat 251 632 Bücher ausgeliehen und in ihrem Lesesaal 123 429 Besucher gehabt. Diese gewaltige Zahl von Lesern in den öffentlichen Bibliotheken erhärtet die Tatsache, daß das Buch als ein Freund in der Not angesehen wird.



## Werbabend der Fabrikarbeiter-Jugend

Zu einem gewerkschaftlichen Jugend-Werbabend hatte für Sonnabend, den 10. Dezember, die Zahlstelle des Fabrikarbeiter Verbandes Hannover eingeladen. Der Erfolg zeigte sich in dem starken Besuch, für den der große Volksheimsaal kaum auslangte. Außer der Begrüßungsansprache von Kollegen Contonius und der Werbeansprache, in der Kollege Geiger vom Hauptvorstand des Fabrikarbeiter Verbandes die dringende Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation der jungen Arbeiterinnen und Arbeiter im Fabrikarbeiter-Verbande darlegte, war der Werbabend völlig das Werk der Jugend. Mit großem Eifer hatte sie sich ihrer Aufgabe gewidmet und mit verhältnismäßig geringen Mitteln einen Werbeabend ausgestattet, der nicht nur eine Werbeanzeige verdient, sondern einen Charakter und dem Denken und Fühlen der Jugend entspricht.

Die musikalische Umrahmung der Veranstaltung hatte das Orchester der Buchdruckerei übernommen und ausgezeichnet durchgeführt. Der übrige Teil des Werbabend wurde von der Fabrikarbeiter-Jugend bestritten. Fanfarentruppen und Trommler des Spielorchesters riefen zum Aufbruch in die neue Zeit. Die Volkstanztruppe gab eine sehr gefällige Schau. Wanderfahrten-Berichte der Fabrikarbeiter-Jugend in Lichtbildern, die Kollege Dux mit einigen launigen Bemerkungen begleitete, gaben Kunde von dem Reiz und den Freuden der Wochenendfahrten und Sonntagsfahrten der Fabrikarbeiter-Jugend in Wald, Heide und Gebirge. Den Schluß und zweifellos auch den Höhepunkt der Veranstaltung brachte eine sehr gelungene Aufführung des Sprechchors der Fabrikarbeiter-Jugend von Erich Kästners „Ballade vom Unterschied“ als Bühnenspiel. Es wurde prächtig und zündend gespielt. Einige Songs wurden ganz famos „hingelegt“. Daß

die Verse Erich Kästners mit ihrer bitteren satirischen Kritik der sozialen Gegenwart, der Arbeitsnot und der vollgeregneten Sattheit des Reichtums dem Denken und Fühlen unserer Jugend entsprechen, zeigte der überaus starke Beifall. Die musikalische Untermauerung der Aufführung durch das Buchdrucker-Jugend-Orchester war diskret, fein und stimmungsvoll. Die Jugend hat gezeigt, was sie kann. Es war eine sehr gelungene Werbeveranstaltung der Fabrikarbeiter-Jugend.

Sie wäre noch vollkommener gewesen, wenn die Werbung für den Verband durch Wort, Bild und Spiel auch noch durch schriftliche Werbung (Jugendblätter) unterstützt worden wäre, und wenn die Jugendlichen noch stärker unter den Besuchern dominiert hätten.

G. R.

## Jugend ohne Arbeit

Im vergangenen Sommer waren nach einer Sondererhebung in Deutschland 1,04 Millionen Jugendliche im Alter von 14 bis 25 Jahren ohne Arbeit. Es ist ein tragisches Geschick, welches sich hinter diesen Ziffern verbirgt. Am stärksten war die Arbeitslosigkeit in dem Abschnitt von 21 bis 25 Jahren, wo 617 000 Arbeitslose gezählt wurden. Von 13 bis 21 Jahren waren im Sommer 340 000 ohne Arbeit. Arbeitslose von 15 bis 18 Jahren waren 68 000 und solche bis zu 15 Jahren 11 000 vorhanden. In dem Altersabschnitt von 14 bis 25 Jahren pflegt sich jeder Mensch für den harten Daseinskampf vorzubereiten. Eine gründliche Ausbildung im Beruf war dazu die erste Voraussetzung. Daß aus der Jugend, die heute arbeitslos ist, keine Qualitätsarbeiter werden können, ist nur allzu verständlich. Noch auf Jahrzehnte hinaus werden große Massen von Arbeitern und Angestellten den Fluch dieser Zeit mit sich herumzuschleppen haben.



Leiparts Eröffnungsrede anlässlich der öffentlichen Tagung der beiden Bundesausschüsse des ADGB und des Afa-Bundes im Sitzungssaal des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates in Berlin am 18. Oktober 1932 wurde auf Schallplatten aufgenommen. Mit dieser Aufnahme ist der erste Versuch gemacht worden, auch die Schallplatte in den Dienst der Werbung für die Gewerkschaften einzuschalten. Dieser Versuch kann als glücklich bezeichnet werden, denn die Aufnahme ist sehr gut gelungen und die Wiedergabe der Rede durch die drei Schallplatten auszeichnet. Die drei doppelseitig bespielten 25-cm-Platten kosten 7,50 RM und sind durch die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin SW 19, zu beziehen.

## Schriften und Bücher

Die Weltanschauung des Dichters Quintero bringt die Bücherreihe „Quintero's letztes“ für ihre Mitglieder heraus: den Roman „Die Scholle“ von José Benlliure. Das schön ausgestattete und in Leinwand gebundene Werk wird zum Vorzugspreis von 1,50 RM abgegeben. Jedes Mitglied kann mehrere Exemplare zum Vorzugspreis beziehen. Eine Verzichtserklärung, die schon deshalb sehr begrüßt werden wird, weil sich das Buch infolge seines Inhalts und seiner Ausstattung zum Zweck des Geschenkwesens eignet. „Der Roman „Die Scholle“ gehört zu den Werken [Bauer], die der Welt ruhm des spanischen Schriftstellers begründet haben. „Die Scholle“ hat bisher eine europäische Auflage von über zwei Millionen erreicht. Die deutsche Auflage wird diesen Triumphzug fortsetzen.“

Das Wort der Männer. Die Bücherreihe „Quintero's letztes“ von Jack London in einer vorzüglichen Übersetzung und schönen Ausstattung herausgebracht hat, ist jetzt den 28. Band dieses Autors folgend: „Das Wort der Männer“ in Leinwand gebunden, 2,70 RM. Der Band enthält Erzählungen aus Alaska. Eine Auswahl aus vier bisher in Deutschland unbekanntem Erzählungsbänden von Jack London. In diesen Geschichten geht es stets um das Ganze. Die Menschen ringen mit der elementaren Natur und mit ihr gleichen und nur der Starke bleibt Sieger. Die in die Hunderttausende reichenden Jack-London-Leser in Deutschland werden diesen Band mit Begeisterung begrüßen. Er verdient es.

„Zwei Kumpel“. Erzählung aus den sozialen Kämpfen im Ruhrrevier von Georg Werner. 240 Seiten, gebunden in Ganzleinen 2,70 RM. Verlag: „Die Knappschaft“, Berlin-Steglitz, Flemmingstr. 13.

„Stelzer Georg Werner hat mit den „Zwei Kumpel“ der Öffentlichkeit wieder ein Buch übergeben, das eine hervorragende Fortsetzung seines Werkes „Ein Kumpel“ ist. Wohl sind es Bergmannsgeschichten, die Werner als einmaler Bergmann erzählt, aber sie sind in dieser Art doch mehr, sie sind ein Stück Geschichte der deutschen Arbeiterschaft und der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Sie sollen das Ringen und Kämpfen der organisierten Arbeiterschaft um die Heilung der Welt durch die gesellschaftlichen Leben Deutschlands wiedergeben. So ist es gewesen, wie Werner schreibt, so zahl und mühsam wurden Machtpositionen geschaffen und Einfluß erkämpft, so Hindernisse überwunden, so eine gerechte Sache vertreten; so wurden Menschen funktionäre und Gewerkschaftsorganisationen und so führten sie ihren großen Kampf gegen die Auswüchse des kapitalistischen Systems. Werner schildert, besonders seinen Kampf für menschliche Behandlung der Arbeiter und Angestellten und gegen das „Stilles-Stehen“-System, einem Antreibersystem überlasteter Sorten. Werner weiß seine Erlebnisse gut zu gestalten, er findet die richtige Form und fesselt damit den Leser. Diese Art bringt ihm sicher Freunde, die sein Buch erwerben. Meine Jungen lesen: Werners Kumpelbücher genau mit dem gleichen Eifer wie einen spannenden Roman. Das ist für mich ein Zeichen, daß sie auch der Jugend gefallen. Deshalb betrachte ich die Kumpelbücher als Familienlektüre, die in Arbeiterbüchereien unbedingt vertreten sein müssen, denn sie füllen bestimmt eine Lücke in der Arbeiterliteratur aus.“

Die Anschaffung der „Zwei Kumpel“ ist zu empfehlen auch für Nichtarbeiter. Erwähnen muß ich in diesem Zusammenhang allerdings, daß mir die nationale Einstellung der Gewerkschafter etwas zu stark hervorgehoben ist. Bei Selbstverständlichkeiten ist das doch nicht so notwendig. E. Neumann-Gier.

Die Kiste und Klebemittel. Ausführliche Anleitung zur Darstellung sämtlicher Kiste und Klebemittel für alle Zwecke, von Siegmund Lehnert. Zehnte, neu bearbeitete Auflage. Wien und Leipzig A. Hartlebens Verlag. Preis 3 RM. — In dem Buch sind alle Kiste, Klebemittel und ihre Verwendung auf 188 Seiten zusammengestellt und bieten so Hinweise für jede Familie und jeden Haushalt. Die Zusammenstellung ist für den Laien und für den Fachmann wichtig. Wer sich für derartige Bucherschreibungen interessiert, möge sich an den genannten Verlag in Wien, Singerstr. 12, wenden.

Ergänzungsblatt zu dem Buch „Steuergutscheine“. Für die Praxis erläutert von Dr. jur. et. rer. pol. Bräuninger und Dr. jur. et. rer. pol. W. u. b. Verlagsgesellschaft R. Müller m. b. H. Eberswalde. Preis des Buches 1,90 RM. Preis des 16seitigen Nachtrages zusätzlich Postkosten 0,40 RM.

Die Durchführungsbestimmungen zur Steuergutscheineverordnung sind durch eine wichtige Verordnung abgeändert, deshalb ist ein ausführliches Ergänzungsblatt, das die neuen Vorschriften nebst ausführlichen Erläuterungen mit Beispielen und weitere Hinweise enthält, vom genannten Verlag herausgegeben.

## Briefkasten

Nach Eberswalde, Selb, Stadtfeldendorf. Allgemeine Berichte über Zahlstellenveranstaltungen, Filmvorführungen, Jubiläumsfeiern und Versammlungen können in der gewünschten Weise nicht mehr im „Keramischen Bund“ aufgenommen werden. Wenn die in der Tageszeitung des betreffenden Gebiets gebracht werden, genügt das. Dagegen sind Berichte über besondere Berufsvorgänge in den Betrieben über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse willkommen.

## Arbeitsmarkt

Tüchtiger Formgestor, 21 Jahre alt, ledig, in mehreren Fabriken tätig gewesen, mit allen vorkommenden Arbeiten vertraut, sucht Stellung. Angebote unter „F 8“ an den „Keramischen Bund“ erbeten.

## Nicht viel Kleinigkeiten

dafür ein wertvolles Weihnachtsgeschenk

## eine Nähmaschine

ab 141 RM

(Zahlungserleichterung)

## ein Fahrrad ab 63 RM

Kinderäder usw.

Verlangt Gratiskatalog!

## LINDCAR-FAHRRADWERK AG

BERLIN-LICHTENRADE

Unternehmen der freien Gewerkschaften

